

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Weiterbetrieb und Arbeitsplätze der PCK-Raffinerie in Schwedt sichern**

Der Landtag stellt fest:

Der freiwillige Verzicht Deutschlands auf die Belieferung mit russischem Erdöl ist falsch; dessen Folgen für Brandenburg abzumildern, ist gescheitert.

Die sachgrundlose Entscheidung zugunsten einer treuhänderischen Verwaltung der PCK-Raffinerie Schwedt ist juristisch umstritten und stellt keine Garantie für die Versorgungssicherheit dar.

Öllieferungen über andere Häfen wie Rostock, Danzig oder Rotterdam sind laut Experten sehr kostspielig und kurz- bis mittelfristig nicht umsetzbar. Hierzu bedarf es zudem Finanzhilfen des Bundes und vertraglicher Vereinbarungen.

Der Unternehmerverband Berlin-Brandenburg und die Unternehmensvereinigung Uckermark fordern die Ablehnung des Öl-Embargos.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

sich auf allen Ebenen für den fortlaufenden und uneingeschränkten Betrieb der PCK-Raffinerie Schwedt und die Versorgungssicherheit des Werkes, auch über die aus Russland kommende Pipeline „Druschba“, einzusetzen.

#### Begründung:

Anfang Juni 2022 wurde mit der „Taskforce Schwedt“ eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bundesregierung sowie der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern unter der Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Michael Kellner (Grüne), eingesetzt.

Diesem Gremium kam der Auftrag zu, so bald wie nur möglich eine tragfähige Lösung für den Weiterbetrieb der PCK-Raffinerie in Schwedt zu finden und damit sowohl die dabei auf dem Spiel stehenden Arbeitsplätze wie auch die von der Raffinerie zu einem guten Teil abhängige Energieversorgungssituation in der Region und darüber hinaus zu sichern.

Dabei scheint Minister Habeck die Notwendigkeit einer Lösungsfindung durchaus bewusst zu sein: „Wenn wir russisches Öl nicht mehr haben wollen, dann brauchen wir dafür - für Schwedt - eine Alternative, und diese Alternative zu entwickeln ist Aufgabe der nächsten Tage [...], ich hoffe, nur noch Tage.“<sup>1</sup> Zwar führte Habeck kurz darauf eine Belieferung der PCK über den Rostocker Hafen als Möglichkeit ins Feld. Zugleich sprach er hierbei jedoch von einer „kritische[n] Grenze, die nicht unterschritten werden darf, weil dann kann die Raffinerie nicht mehr betrieben werden.“<sup>2</sup> Dass eine aus Rostock kommende Versorgung also nicht den Gesamtbedarf der PCK zu decken vermag, steht demzufolge auch dem Minister offenkundig vor Augen.

Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach, einer der Angehörigen der „Taskforce“, gab Anfang Juli frustriert bekannt, dass seitens des Gremiums noch keine konkreten Beschlüsse oder Festlegungen erfolgt seien. Aufgrund der Brisanz der Lage und der Konsequenzen eines Scheiterns der Bemühungen um einen reibungslosen und vollständigen Weiterbetrieb der Raffinerie mahnte er an, dass „[die] Arbeit [...] in der Sommerzeit ohne Unterbrechung fortgesetzt werden“ müsse. Geschehen ist auch seither jedoch nichts. In einem kürzlich veröffentlichten Brandbrief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck haben Steinbach und die brandenburgische Finanzministerin Katrin Lange nun ihre „große Sorge“ zum Ausdruck gebracht, „ob eine nachhaltige Sicherung des Industrie- und Energiestandortes Schwedt“ überhaupt gelingen könne, und diesbezüglich eine schriftliche Garantie u. a. für die Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmer der Raffinerie gefordert. Sollten solche konkreten Zusagen ausbleiben, so würden sie ihre Mitarbeit in der „Taskforce“ beenden.

Bei einem Fortlaufen der gegenwärtigen deutschen Sanktionspolitik in ihrer ideologischen Übersteigerung als freiwilligem Öl-Embargo kann als gesichert gelten, dass die PCK-Raffinerie Schwedt ihren Versorgungsauftrag nicht nachkommen wird, es zu Lieferengpässen kommt und Arbeitsplatzabbau droht. Ohne belastbare Energieversorgung vermag keine moderne Wirtschaft planbar zu operieren. Nicht umsonst hat Minister Habeck in einem vielbeachteten Fernsehinterview jüngst in Aussicht gestellt, dass Unternehmen ihre Produktion zumindest für eine gewisse Dauer einstellen werden müssen.

Die Sicherstellung einer verlässlichen und zugleich bezahlbaren Energieversorgung ist unumstößlicher Staatsauftrag, die deutsche Bevölkerung darf nicht unter den Planspielen ihrer Regierung und internationaler Bündnisse leiden.

Seit 60 Jahren erfolgt die Lieferung von Rohöl aus Russland über die Pipeline „Druschba“ problemlos. Eine Einstellung der Lieferung hätte fatale Folgen für die allgemeine Energieversorgungslage in Deutschland und insbesondere in Brandenburg. 90 Prozent der fossilen Brennstoffe stammen weit über die Landesgrenzen hinaus aus Schwedt, ebenso wie 100 Prozent des Kerosins für den Berliner Flughafen BER. Könnte es zu Kompensationen durch den Shell-Konzern kommen, sind diese zu begrüßen, doch bedeuten diese Kompensationen nicht, alle Brücken zu Russland abbrechen zu müssen.

Das freiwillige deutsche Öl-Embargo ist nicht notwendig, da eine wie in der EU verhandelte Versorgung mit russischem Rohöl bis 2026 möglich wäre.

---

<sup>1</sup> Vgl. „rbb24 Brandenburg aktuell vom 26.04.2022“, in: [https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20220427\\_1930.html](https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20220427_1930.html) (26.04.2022), abgerufen am 28.04.2022.

<sup>2</sup> Vgl. „rbb24 Brandenburg aktuell vom 27.04.2022“, in: [https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20220427\\_1930.html](https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20220427_1930.html) (28.04.2022), abgerufen am 28.04.2022.

Das Vorhaben der Bundesregierung, den russischen Staatskonzern Rosneft unter Treuhandverwaltung zu stellen, ist ein politischer Taschenspielertrick, der Russland zu einem Lieferstopp zwingen soll.

Die deutsche Bevölkerung muss angesichts der gegenwärtigen politischen Lage ohnehin mit einem weiteren Anstieg der auch im europäischen Gesamtvergleich schon hohen Preise für Mobilität und Wärme rechnen – eine Belastung, die viele bereits in wirtschaftlicher Bedrängnis befindliche Haushalte an den Rand des Ruins bringt und die Wirtschaft in die Plei-tewelle treibt. In dieser Lage bedarf es der Sicherstellung der Versorgung, um der Gefahr eines partiellen Ausfalles kritischer Infrastrukturen des Versorgungswesens zu begegnen.